



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

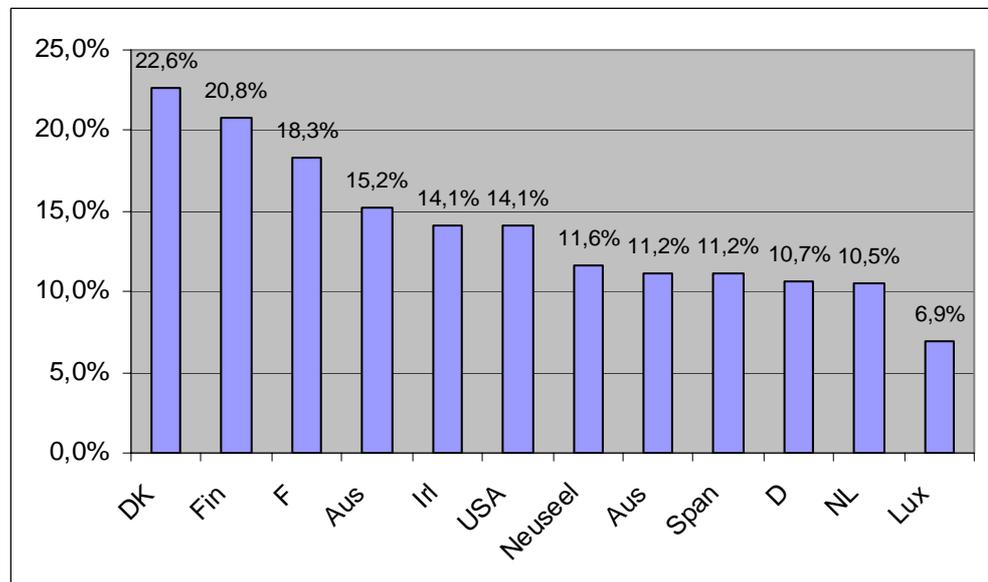
Ausgabe Juli 2005

Inhalt:

1. MOLOCH öffentlicher Dienst?
2. Abmarsch!
3. Lothar Funk wurde 60!
4. Karten-Sperrdienst – 116 116
5. Wieder in Pension mit 60?
6. Fachhochschule vor Reform? Diskussion angestoßen
7. Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB)
8. DGB-Veranstaltung „Veröffentlichte Armut – verheimlichter Reichtum“
9. „Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft
10. Leseempfehlung: arm und reich
11. Terminhinweis: Globalisierung – Fluch oder Segen?
12. Zur Erinnerung

1. MOLOCH öffentlicher Dienst?

Hier ein Überblick der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development):



Quelle: DGB – Bundesvorstand, OECD Labour Force Statistics

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach

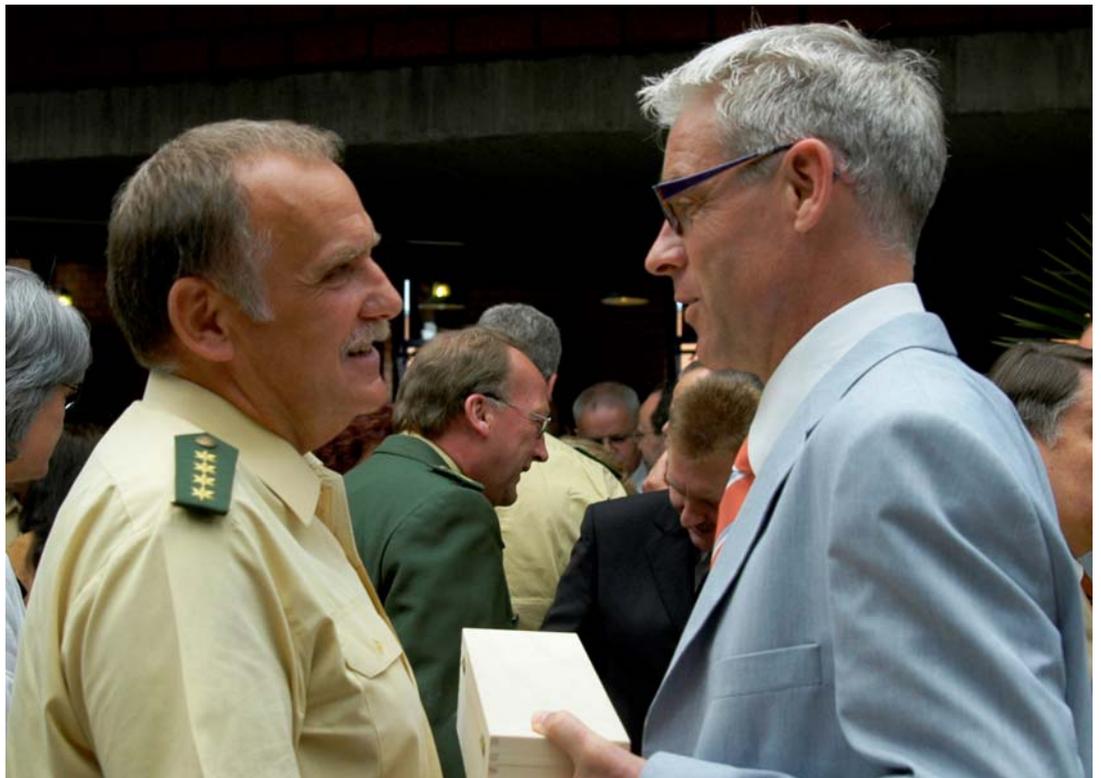


Seit Jahren behaupten neoliberale Politiker, die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten sei in Deutschland viel zu hoch. Der Staat sei zu einem Moloch verkommen. Auch in der Öffentlichkeit hält sich dieses Vorurteil hartnäckig.

In Deutschland arbeiten nur 10,7 % der Erwerbstätigen im Öffentlichen Dienst – und wer Erfahrungen aus anderen Ländern der Erde mitbringt, weiß mehr als zu schätzen, was die im Verhältnis zu anderen Staaten wenigen Beschäftigten an hoher qualitativer Arbeit leisten.

Ernst Scharbach: „Es gibt überhaupt keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen - Wir machen eine gute Arbeit und haben uns unseren Lohn redlich verdient!“

2. Lothar Funk wurde 60!



Abteilungsleiter **Joachim Laux** gratulierte zusammen mit einer großen Gästeschar dem Leiter der Bereitschaftspolizei **Lothar Funk** zu seinem 60. Geburtstag. Die kleine Feier wurde vom Polizeiorchester in gewohnt hervorragender Manier umrahmt. Für die GdP und die Personalräte überbrachten Dieter **Kronauer**, Helmut **Knerr** und Ernst **Scharbach** die besten Glückwünsche. Gerne wäre der Jubilar an seinem 60. auch in den Ruhestand gegangen, doch seine persönliche „Lageentwicklung ...“ wurde durch die Rechtsveränderung des § 208 LBG etwas verändert...



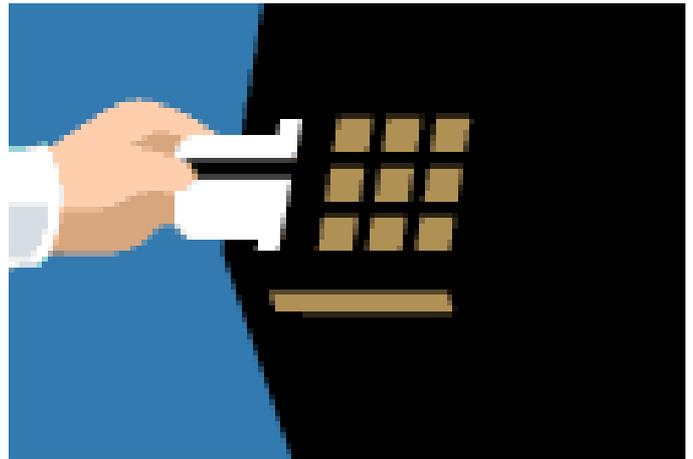
3. Abmarsch!

Koll. Josef Schumacher organisiert mit dem Sportförderkreis der Polizei in Schweich den V. Internationalen Polizeimarsch am 3. September. Es werden ein Erlebnismarsch (16 km) und zwei Strecken mit Zeitnahme von 22 km und 42 km angeboten. Für ein entsprechendes Rahmenprogramm ist gesorgt. Anmeldungen können noch bis 31. Juli erfolgen.

Details: www.sfkpolizeischweich.de

4. Karten-Sperrdienst – 116 116

Deutschland führte als erstes EU-Land eine spezielle Notrufnummer zum Sperren abhandener Bankkarten, Mobilfunkkarten und anderer elektronischer Berechtigungen ein. Unter der Rufnummer **116 116** wurde am 1. Juli 2005 ein bundesweiter Sperrdienst eingerichtet, der aus dem Inland entgeltfrei erreichbar ist. Ungefähr 6 Millionen Sperrungen werden jährlich in Deutschland vorgenommen. Die Schäden entwendeter Karten belaufen sich auf etwa 40 Millionen Euro. Durch schnelleres Sperren von Zahl- und Kundenkarten könnten diese Schäden zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich verringert werden. Zudem stellt die neue Rufnummer eine große Erleichterung für die Verbraucherinnen und Verbraucher dar, die oftmals damit konfrontiert sind, dass verschiedene Karten - etwa in einer Tasche oder Geldbörse - abhanden kommen und die unterschiedlichsten Institute kontaktiert werden müssen. Nach einer Sperrmeldung ermittelt die Zentrale den zuständigen Kartenherausgeber und der Anrufer wird nacheinander mit deren Sperrdiensten verbunden.



Der Anrufer muss sich jeweils legitimieren, damit ein Missbrauch ausgeschlossen ist. Die Sperrvermittlung ist besonders verbraucherfreundlich konzipiert. Sie wird rund um die Uhr direkt erreichbar sein, eine gesonderte Registrierung ist nicht erforderlich und der Anruf bleibt aus dem Inland gebührenfrei.

Die Vermittlungskosten tragen die beteiligten Unternehmen. Diese von der Bundesregierung initiierte neue Notrufnummer bedeutet für die Verbraucherinnen und Verbraucher einen schnelleren und besseren Schutz bei Diebstahl und Verlust von Bankkarten, Handys und anderen elektronischen Berechtigungen. Jetzt liegt es nur an den Unternehmen sich der Sperrvermittlung anzuschließen.

Quelle: MdB Sabine Bätzing, Betzdorf

5. Wieder in Pension mit 60?

„Sie können mich beim Wort nehmen: Wir werden die Regelung des § 208 LBG aufheben“, so endet ein Schreiben des rheinland-pfälzischen CDU-Vorsitzenden **Christoph Böhr** an einen Polizeibeamten im Kriminal- und Bezirksdienst einer Polizeiinspektion im Norden des Landes. In den Dienststellen ist nun eine Diskussion darüber entbrannt, was unter dem Begriff „aufheben“ genau zu verstehen sei.

Gegenüber der GdP hatten Böhr und andere CDU-Vertreter bisher die Rücknahme der Lebensarbeitszeitverlängerung immer unter den Vorbehalt eines Wahlparteitagsbeschlusses und der Haushaltsmöglichkeiten gestellt.

Deswegen will es GdP-Vorsitzender **Ernst Scharbach** genau wissen und hat Christoph Böhr mit der Bitte um eine baldige Antwort angeschrieben. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass bis 2006 bereits zahlreiche Kollegen bis zum 61. Lebensjahr Dienst verrichtet haben werden, will Scharbach wissen: *„Soll die am 3. April 2003 verabschiedete Fassung des § 208 LBG komplett rückgängig gemacht und die vorherige Rechtslage wieder hergestellt werden? Oder planen Sie eine andere Regelung, wenn ja, wie soll diese aussehen?“*



6. Fachhochschule vor Reform? Diskussion angestoßen

'Bologna-Prozess' nennt sich die europaweite Umgestaltung der Fachhoch- und Hochschulen, mit dem die Vergleichbarkeit der Abschlüsse auf internationaler Ebene vorangetrieben werden soll. Die GdP möchte die Diskussionen mit einer AG FH und Infoveranstaltungen begleiten.

Eine bloße Umetikettierung wird nicht ausreichen, um dem Bologna-Prozess zu genügen. Es soll ein System gestufter Studiengänge mit verschiedenen Modulen geben.

Die Vertreter der Praktika – bei uns also die Polizeipräsidien – sollen besser in die Studienabläufe eingebunden werden. Die Präsidien müssten deutlicher beschreiben, über welche theoretischen Kenntnisse die Studenten verfügen sollten, bevor es in die Praktika geht - auf der anderen Seite müssten die Betreuer bei den Praktika der FH ihre Erfahrungen verstärkt mitteilen. Dies dürfte die gegenseitige Anerkennung der Studiengänge deutlich verbessern.

Für die polizeiliche FH könnte das z.B. bedeuten, dass die Studenten vor dem Praktikum bei der Schutzpolizei in der Nutzung der polizeilichen EDV eingewiesen wurden oder vor dem Praktikum in einem Kommissariat grundlegende Kenntnisse über die dort zu bearbeitenden Straftatbestände mitbringen. Denkbar wäre auch, dass die Präsidien ihre Praktikanten zu Beginn des Praktikums selbst in fachlich-praktischer Hinsicht schulen. Die Praktika sollen durch Leistungsnachweise aufgewertet werden.

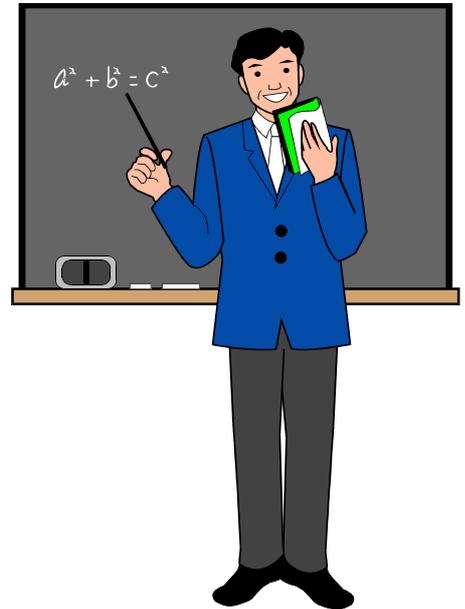
Auch in der FH wird sich vermutlich einiges ändern. Die Dozenten werden noch mehr als bisher gehalten sein, interdisziplinär Module anzubieten und im Team zu lehren. Sie sollen weniger als Wissensvermittler, sondern als Lernberater auftreten. Von den Studenten wird künftig noch mehr Selbständigkeit erwartet werden. Sie



sollen zum Selbststudium angeleitet werden. 'From teaching to learning' heißt die Formel: Vom Lehren zum Lernen.

GdP-Sekretär **Thomas Will**: *"Die Dozenten dürfen nicht ins kalte Wasser geworfen werden. Wir müssen unsere Kolleginnen und Kollegen durch Fortbildung in die Lage versetzen, die didaktischen Anforderungen erfüllen zu können!"*

Der Abschluss des Bachelor erwartet Fach-, Sozial-, Personal- und Methodenkompetenz. Die Leistungsnachweise sollen sich mehrdimensional auf Klausuren, Hausarbeiten, Projektarbeiten, Referate, Präsentationen, mündliche Prüfungen und Kolloquien verteilen. Aus polizeilicher Sicht werden auch Planübungen, Rollenspiele und Situationsbewältigungen eine Rolle spielen müssen.



Am Ende des Studiums muss eine bestimmte Gesamtpunktzahl erreicht werden. Für die Studenten bedeutet das: Kontinuierliches lernen von Anfang an.

"Die notwendige Kooperation mit den Polizeipräsidenten, in denen die Praktika abzuleisten sind, wird der Leitung der Fachhochschule eine neue Gesamtverantwortung für die Ausbildung zukommen lassen," vermutet **Ernst Scharbach** *"Ich begrüße es, dass die Junge Gruppe der GdP die Erfahrungen des 26. Studiengangs aufnehmen und in die Diskussion einbringen wird."*

Auch die Personalplanung des Ministeriums ist in der Pflicht.

Die GdP hat die Gründung einer AG FH beschlossen, die erste Tagung ist für Anfang August vorgesehen. Zum Einstieg in die Diskussion ist eine Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Vorbereitung. Sie ist auf Dienstag, den 6. September 2005, terminiert.

7. Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB)

Am 2. März 2004 wurde es Gesetz: Dem § 13 des Polizeigesetzes wurde ein Absatz 4 angefügt, der der Polizei die Möglichkeit verschafft, Nährungs- und Kontaktverbote auszusprechen. Ferner sollte die Situation der Interventionsstellen und die Zusammenarbeit mit der Justiz verbessert werden. Im Juni 2005 reichte die SPD-Fraktion eine Große Anfrage ein, um Auskunft über die bisherigen Erfahrungen zu erhalten.

Der Text der Anfrage: www.landtag.rlp.de unter Drucksache 14/4237.





8. DGB-Veranstaltung „Veröffentlichte Armut – verheimlichter Reichtum“

Der Publizist und „praktizierende Reichtumsforscher“ **Dr. Werner Rügemer** aus Köln überbrachte zunächst eine ‚schlechte‘ Nachricht: Den Millionären in Deutschland gehe es zurzeit schlecht; ihre Gewinne steigen nicht so stark an wie bisher. Die Erhöhung der Vermögen betrug 2004 „nur“ 6,7 %.

Die Anzahl der in Armut lebenden Menschen steigt stetig weiter. Dr. Rügemer zeigte die Zusammenhänge von Armut und Reichtum auf. Staatliche Leistungen für Arme und Lohnhaupt- und Nebenkosten werden als lästige Kostenfaktoren angesehen und zugunsten der Unternehmen, der Aktionäre und der „Leistungsträger“ gesenkt. Für diese Senkungen gebe es keine Untergrenze – siehe China.

Auf der einen Seite sind die Menschen, die sich ohne staatliche Leistungen selbst erhalten und für einen möglichst geringen Lohn zu jeder Bedingung arbeiten. Auf der anderen Seite sind die Investoren, denen auf den Altären des Wirtschaftsstandortes Steuern, Sozialabgaben, Lohnhaupt- und Nebenkosten zu opfern sind, damit sie der Gemeinschaft Arbeitsplätze ‚schenken‘. Bleiben die Arbeitsplätze aus, muss ihnen umso mehr geopfert werden.



Laut Dr. Rügemer besteht Reichtum nicht in der absoluten Höhe des verfügbaren Geldes, Grundbesitzes o.ä., sondern in der Fähigkeit, andere für sich arbeiten zu lassen und dauerhaft einen möglichst großen Teil des Arbeitsertrages der anderen abzuschöpfen. Je mehr abgeschöpft werden kann, desto mehr wächst der Reichtum, desto mehr wächst auch die Armut. Löhne und Gehälter sind nur ein Zugeständnis, das sich nach dem Machtverhältnis zwischen Armen und Reichen richtet.

Dr. Rügemer vertritt die Auffassung, dass in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung Lohn- und Gehaltseinkommen eine unzureichende Grundlage des materiellen Lebens sind. Bei Arbeitslosigkeit fallen sie weg. Selbst ein Arbeitsplatz ist heute keine Garantie dafür, dass man der Armut entkommt. Wer in einer kapitalistischen Gesellschaft arm ist, ist erpressbar, ihm kann man die Würde nehmen; er kann sie sich auch selbst nehmen, indem er sich prostituiert. Für ein menschenwürdiges Leben ist deshalb ein Einkommen nötig, das von diesen Bedingungen unabhängig ist. Er fordert eine neue „Einkommensordnung“.

Margarethe Relet: „Wie selten zuvor ist es Aufgabe der Gewerkschaften, sich für einen gerechten Anteil am Volkseinkommen für die Arbeitnehmer einzusetzen.“



9. „Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

gelten, aber sie müssen sich jeden Tag aufs Neue der Lebenswirklichkeit und ihren spezifischen Herausforderungen stellen, u.a. der globalisierten Wirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft muss Konsequenzen ziehen aus dem Zusammenwachsen Europas, aus der Mobilität der Menschen, der Güter, des Wissens und sie muss die Probleme unseres Landes berücksichtigen, die sich z.B. aus dem demografischen Wandel ergeben.

Die soziale Marktwirtschaft war ein Gemeinschaftsprodukt von Konservativen, katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie.“

Franz Müntefering vor dem SPD-Parteirat

10. Leseempfehlung: arm und reich

Der Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung umfasst über 220 Seiten. Der Teil, der sich mit dem Reichtum in Deutschland befasst, ist lediglich 17 Seiten stark. Während es seit Jahrzehnten umfassende Studien über die Armut gibt, wird der private Reichtum verschämt beschwiegen. Reichtum sei ein ‚scheues Reh‘, das es nicht zu verstören gelte. Selbst offen liegende Quellen bleiben unzitiert. Die 48 Seiten Schrift erklärt Wesen und Zusammenhang von arm und reich.

Dr. Werner Rügemer, arm und reich, transcript Verlag

11. Terminhinweis: Globalisierung – Fluch oder Segen?

Die Katholische Akademie in Trier lädt zu einem 4-tägigen Seminar zum Thema Globalisierung. Zielgruppe sind speziell PolizeibeamtInnen, aber auch sonstige Interessierte sind zugelassen. Es beginnt am 4. Oktober und endet am 7. Oktober. Es gibt eine ganze Reihe außergewöhnlich interessanter Referate, u.a. von Jürgen Roth zum Thema „Die kriminellen Aspekte der Globalisierung“ oder von Kai Hirschmann zum Thema „Terroristen und Warlords“. Man kann auch an einzelnen Tagen oder zu einzelnen Referaten teilnehmen.

Details: www.kat-akademie.dioezese-trier.de

12. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?
Auto kaufen?
PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de